

## LEITARTIKEL

# „Brandmauer“? Das ist gescheitert

Der Kampf gegen die vermeintliche Seuche begann am 10. Mai 1989. Der rechtsnationalistische Vlaams Blok hatte bei Wahlen in Belgien gerade fast 20 Prozent der Stimmen geholt. Die etablierten Parteien erklärten jede Koalition mit dem Vlaams Blok zum Tabu. Die Grenze nach rechts nannten sie „Cordon Sanitaire“ – nach dem französischen Wort für eine Pufferzone, die gebildet wird, um die Ausbreitung von Epidemien zu verhindern. Das Prinzip des „Cordon Sanitaire“ machte Schule, wo immer rechtsnationale Parteien in der Wählergunst gewannen. In Frankreich, in Schweden, in Deutschland. Wobei sich hierzulande das Wort „Brandmauer“ durchsetzte. Beide Metaphern sind dem Katastrophenschutz entlehnt.

Die Strategie ist drei Jahrzehnte lang auf ganzer Linie gescheitert. Die Rechtsaußen-Parteien, die man kleinhalten wollte, ließen die Vorherrschaft von Christ- und Sozialdemokraten stetig erodieren. Bei der vergangenen Europawahl erreichten rechtsnationale Parteien bereits 20 Prozent der Sitze. Beim nächsten Urnengang im Juni 2024 werden es laut aktuellen Prognosen sogar 25 Prozent sein. Aber die Strategie der Quarantäne für aussätsige Parteien hat bis heute einen bequemen Vorteil: Niemand muss sich fragen, ob das, was jenseits der Brandmauer vor sich geht, ihn nicht doch inhaltlich etwas angehen könnte. Oder gar müsste.

Derweil schrumpft der Raum diesseits der Brandmauer. Die etablierten Parteien retten sich in Kompromiss-Koalitionen – um den Preis inhaltlicher Beliebtheit. Die Abschottung beschützt die Demokratie nicht, sondern beschädigt sie. Sie lässt die politische Debatte auf einen Minimal-Konsens schrumpfen, in dem der Zeitgeist im Zweifel mehr zählt als Argumente. In freiheitlich-demokratischen Staaten werden die Brandmauern eigentlich von der Verfassung gesetzt: keine Freiheit für die Feinde der Freiheit, weder links noch rechts. Stattdessen werden Parteien mit dem nebulösen Begriff „rechtspopulistisch“ für anti-demokratisch erklärt, ohne sich mit den Positionen zu beschäftigen. Und diese sind sehr unterschiedlich in Europa.

Im EU-Parlament gibt es jenseits der Brandmauer gleich zwei Fraktionen: die EKR (Europäische Konservative und Reformier) und die ID (Identität und Demokratie). Eine funktionierende Demokratie darf diese Parteien nicht pauschal ausschließen, sondern muss den Raum zwischen den Extremen breit halten – und die Vielfalt demokratischer Positionen als Chance sehen. Im Wahlkampf zur Europawahl wird sich zeigen, welche der Parteien sich wirklich jenseits des demokratischen Diskurses bewegen und welche als bürgerlich-konservative Kräfte an der Lösung der drängenden Probleme des

Bisher versuchten Europas etablierte Politiker, sich gegen die Rechtsaußen-Parteien abzuschotten. Doch nicht alle rechten Kräfte sind gleichermaßen schlimm. Um der Demokratie willen wird es Zeit für eine Neuvermessung



KLAUS GEIGER

Kontinents mitwirken sollten. Es sollte die Mühe wert sein, zu verstehen, warum 25 Prozent der Europäer diese Parteien wählen.

Der Chef der konservativen EVP-Fraktion im EU-Parlament, Manfred Weber (CSU), sorgte jüngst für Aufsehen, als er dafür warb, punktuell mit rechtsnationalen Parteien zu kooperieren, die demokratische, bürgerliche Positionen vertreten. Um eine Schneise durch das Dickicht der Positionen zu schlagen, nannte er drei Bedingungen für eine Zusammenarbeit: Die Parteien müssten pro Europa, pro Ukraine und pro Rechtsstaat sein.

Tendenziell alle drei Punkte erfüllen derzeit etwa die Fratelli d'Italia von Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni oder die tschechische ODS von Premier Petr Fiala. Auch die Schwedende-mokraten und die Partei „Die Finnen“ sind pro-europäisch, achten den Rechtsstaat und unterstützen die Ukraine. Die rechtsnationale Vox in Spanien ist klar an der Seite der Ukraine – beim Thema Rechtsstaat und Europa ist die Position

weniger klar. Die österreichische FPÖ, die derzeit in den nationalen Wahlumfragen führt, ist auch nach Putins Angriffskrieg ausgesprochen russland-treu. Der Respekt vor dem Rechtsstaat und der etablierten Politik ist bei der Partei wenig ausgeprägt. So ist es auch bei der AfD, wo sich die völkisch-nationalistischen, russlandfreundlichen Strömungen immer mehr auf Kosten der bürgerlich-konservativen durchsetzen. Ähnlich undurchsichtig ist der Rassemblement National (RN) von Marine Le Pen in Frankreich. Die größte Rivalin von Präsident Emmanuel Macron hat sich zwar von der Idee eines „Frexit“ verabschiedet und von Russland distanziert. Aber nach wie vor ist unklar, was genau Le Pen im Falle einer Präsidentschaft vorhat.

Der Drei-Punkte-Katalog von Manfred Weber hilft, eine grobe Vorstellung der europäischen Rechtsnationalen zu bekommen. Aber es ist auch ein schulmeisterlicher Ansatz. Die angestammten Parteien sollten sich mit ebenso scharfem Blick taxieren lassen. Was ist mit der langjährigen Russland-Politik der SPD, die half, den Boden zu bereiten für Putins Abdriften in den Imperialismus und den Überfall auf die Ukraine? Die für ihre Geringschätzung der Gewaltenteilung zu Recht kritisierte polnische Regierungspartei PiS war hier klarer positioniert – obwohl sie jenseits der Brandmauer liegt. Ebenso interessant: Was genau heißt „pro-europäisch“? Muss man die EU in ihrer aktuellen Verfasstheit gut finden? Viele rechtsnationale Parteien wollen supranationale, demokratisch wenig legitimierte Elemente der EU abbauen und plädieren für ein „Europa der Nationen“. Nur noch wenige radikale Stimmen fordern ein Ende der EU.

Was den Rechtsstaat angeht, so rechtfertigen viele rechtsnationale Parteien eigene Defizite, in dem sie mit dem Finger auf die EU zeigen. Und es stimmt: Die EU hat eklatante Demokratie-Defizite. Auch wenn das kein Persilschein für nationalen Demokratie-Abbau sein darf. Auch beim Thema Migration und Integration stellen sich Fragen auf beiden Seiten der Brandmauer. Völkisch-nationalistische Tendenzen in der AfD, die Deutschstämmige gegenüber Einwanderern per se bevorzugen wollen, verletzen eindeutig demokratische Prinzipien.

Aber ebenso rechtsstaatlich bedenklich sind Positionen auf der Linken, die das Recht souveräner Staaten infrage stellen, Migration zu steuern und zu begrenzen. Die mit vermeintlich humanitären Argumenten illegale Einwanderung bagatellisieren. Wer an seinen Grenzen geltendes Recht nicht durchsetzt, hat ein Rechtsstaatsproblem. In Deutschland ist unklar, wohin die AfD sich letztlich bewegt. „Angesichts der weiterhin bestehenden inhaltlichen Heterogenität können nicht alle Parteimitglieder als Anhänger der extremistischen Strömungen betrachtet werden“, schreibt der Bundesverfassungsschutz. Aber viele eben doch – und zuletzt driftete die Partei in Gefilde, in denen kaum eine andere europäische Partei zu finden ist.

Aber der Seuchen-Sperrgürtel zur AfD wurde schon gezogen, als sie nach ihrer Gründung eine Europa-skeptische, bürgerlich-konservative Partei war. Das war bequem für die etablierten Parteien, aber nicht gut für die politische Debatte. Diese muss unvoreingenommen und an der Sache orientiert sein. Die Brandmauer muss weg – um sich dem zu stellen, was dahinter liegt. Das ist keine Gefahr, sondern eine Chance für die Demokratie.

klaus.geiger@welt.de

## ESSAY

## Günter Verheugen und das Passwort der Putinversther



HENRYK M. BRODER

Wer alt genug ist, um sich an Bully Buhlan, Vico Torriani, Roco Granata, Bill Ramsey, Silvio Francesco und Caterina Valente zu erinnern, der kann auch mit dem Namen Günter Verheugen etwas anfangen. Er diente der FDP als Bundesgeschäftsführer und Generalsekretär, bevor er 1982 zur SPD übertrat, wo er als Bundesgeschäftsführer, Parlamentarischer Geschäftsführer der Bundestagsfraktion, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion sowie Staatsminister im Auswärtigen Amt unter Joschka Fischer Karriere machte. Danach war er EU-Kommissar in Brüssel, zuständig unter anderem für Bürokratieabbau und die Erweiterung der EU, und Vizepräsident der Europäischen Kommission.

Verheugen, 1944 in Bad Kreuznach geboren, ist einer der letzten aus der Riege der Elder Statesmen, die in der Bonner und der Berliner Republik wichtige Posten innehatten. Bis heute schreibt er Gastbeiträge für Zeitungen und gibt gerne Interviews, zuletzt dem Bremer Weser-Kurier: über den Krieg in der Ukraine und wie er beendet werden könnte. Im Gespräch mit der Chefredakteurin des Blattes, Silke Hellwig, präsentiert er sich als ein Mann, der Politik zum Inhalt seines Lebens gemacht hat. Kein Quereinsteiger, der „aus dem Völkerrecht“ kommt, sondern ein Querdenker alter Schule, der Wissen mit Erfahrung verbindet.

Verheugens zentrale Botschaft lautet, man müsse „die Vorgeschichte dieses Krieges kennen, um sich ein sachliches Urteil zu bilden“. Ja, die Vorgeschichte. Es ist das Passwort im Irrgarten aller Putinversther, von Sähra Wagenknecht bis Alice Schwarzer, die zwar widerwillig einräumen, dass Russland den ersten Schuss abgefeuert hat, zugleich aber darauf bestehen, es habe dafür gute Gründe gehabt. Und natürlich hat alles eine Vorgeschichte. Der Erste Weltkrieg, der Zweite Weltkrieg, der Korea-Krieg, der Vietnam-Krieg, der Sechs-Tage-Krieg. Geschichte ohne Vorgeschichte gibt es nicht. Wenn man lange genug an der Oberfläche kratzt, bekommt man die gewünschte Kausalkette.

Der Erste Weltkrieg endete mit dem Frieden von Versailles. Der Frieden von Versailles war eine schwere Kränkung für die besiegten Deutschen. Deswegen haben sie einem Verbrecher zur Macht verholfen, der die „Endlösung der Judenfrage“ auf den Weg gebracht hat. Der Holocaust war ein maßgeblicher Faktor bei der Gründung des Staates Israel. Seitdem ist der Nahe Osten ein ewiger Unruheherd. Ohne den Judenstaat im Herzen der arabischen Nation wäre die Region längst befriedet. Also sind die Siegermächte des Ersten Weltkrieges für den Nahostkonflikt und die Leiden der Palästinenser verantwort-

## LESERBRIEFE

## Ideologisch verbohrt

**Zu: „Die Bewegung wird unvernünftig“ vom 31. August**

Welch umfassende, weil realistische Analyse unserer aktuellen Situation. Herrn Bojanowski gebührt aufrichtiger Dank hierfür. Dass sich das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen lässt, ist eine Binsenweisheit. Erschreckend ist jedoch, dass die Regierenden aus dem aktuellen Chaos nichts lernen, sondern dringend notwendige Änderungen in ihrer ideologischen Verbohtheit verdrängen. Notwendige grüne Gentechnik wird verteuelt. Der geplante Biowahn auf dem Acker wird dazu führen, dass große Mengen etwa an Getreide eingeführt werden müssen. Woher und zu welchem Preis?

DIETER SKOETSCH, NEU-ANSPACH

## Neues Niveau

**Zu: „Deutschlands Schulen immer schlechter“ vom 31. August**

Ein möglicher Grund für die schlechten Leistungen ist die didaktische Revolution, die sich in den letzten 20 Jahren vollzogen hat. In seiner neuen Rolle als Lernbegleiter liefert der Lehrer nun vorwiegend Material, mit dem sich der allseits interessierte Schüler nach seinem eigenen Tempo und Lernvermögen auseinandersetzt. Das didaktische Umkrempeln der Schule – weg vom Lehren, hin zum selbstverantworteten (!) Lernen des Kindes – verfolgte das Ziel, den Lernerfolg der Kinder auf ein neues Niveau zu heben. Dieses Niveau ist in der Tat da. Aber nicht dort, wo es vermutet wird.

MARIA-ANNA SCHULZE BRÜNING, HAMM

## KOMMENTAR

## Wenn Autobosse dem grünen Zeitgeist huldigen

Natürlich wird alles anders. Auch Automotoren. Die Reduktion von Mobilität auf ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoß ist aber ebenso falsch wie gefährlich. Warum? Weil das Auto mehr kulturelle und soziale Identität liefert als ein Buch von Maja Göpel oder Ulrike Herrmann.

Es genügt ein Blick in die Kinos, auf die Kassenschlager dieses Jahres, um zu sehen, dass die kulturelle Wirkmacht des Autos, auch und insbesondere der Verbrenner, weniger auf dem Rückzug als auf dem Vormarsch ist. Vom neuesten Hit der „Transformers“-Serie, bei dem ein betagter Porsche 911 zum Publikumsliebbling wird, über „Fast & Furious“ und „Mission Impossible“ bis hin zum Highlight am Ende des Jahres, dem Ferrari-Film von Michael Mann, reicht das Angebot. Und nein, das sind keine Filme für Boomer-Opas und in die Jahre gekommene Gen-X-Vertreter. Die Kinos sind voller junger Leute. Dasselbe ist in aktuellen Hip-Hop-Videos und Instagram-Style-Universen zu bestaunen. Sie hört nicht auf: die Faszination schneller, lauter, böser, schöner, wilder Autos.

Erfunden haben all dies entscheidende die Deutschen. Und sie sind damit reich und beliebt geworden. Die Autos standen in ihrer Perfektion für Erfinder- und Ingenieursgeist, aber bei Mercedes, BMW, Audi, VW oder Porsche auch für eine ästhetische Eleganz des Funktionalen. Dieser Ruf blieb, aber er bröckelt. Und das hat nicht nur mit den vielen Eigentoren à la Dieselskandal zu tun, sondern vor allem mit dem Zeitgeist aus dem deutschen Elfenbeinturm, in dem sich steuerfinanzierte Eckensteher seit den frühen Tagen der Ökobilanz auf das Auto als Feindbild eingeschossen haben. Die Heidegger-Nachfolgebewegung hasst die Beschleunigung, und auf den Überholspuren der Autobahnen sieht sie das Schreckgespenst einer neoliberalen Wettbewerbsgesellschaft unbarmherzig wirken.

Das Mittelmaß aus dem Elfenbeinturm hat gewonnen. Die Autoindustrie befindet sich in

ULF POSCHARDT

Deutschland auf einem breiten Rückzug. Aus Angst vor den Klimaaktivist:innen (sic!) hat der Branchenverband VDA diesen vorsorglich einen Stand angeboten auf einer Messe, die nichts, aber auch gar nichts mehr von dem Glanz und dem Glamour einer Leistungsshow hat, sondern gebückt dem Zeitgeist huldigt. Das ist ein Offenbarungseid – vorbei die Zeiten, als man denjenigen in der fränkischen, friesischen oder Badener Provinz bewundernde, der nach Frankfurt zur IAA fuhr und für die daheimgebliebenen Freunde Prospekte mitbringen musste. Ein Porsche-Prospekt aus dem Jahr 1984 wurde wie eine Reliquie behandelt. Diese Liebe stört beim Aufräumen. Diese über Jahrzehnte gewachsene Hingabe nervt die Klimakleber und die ideellen Unterstützer dieser Straftaten sehr. Sie haben, was soziale und kulturelle Identität betrifft, wenig anzubieten, was über den reaktionären Kitsch Evangelischer Kirchentage und den Chic des öffentlich-rechtlichen Beamtenrundfunks hinausgeht. Sie sind blank. Welcher Transformer will ein Lastenfahrrad sein – und verwandelt sich das in ein Hafermilchbecken?

Dass sich dieser Tage Dutzende Professoren und vermeintliche Verfassungsexperten hinter die Klimaaktivisten stellen, überrascht weniger. Es ist diese Art Intellektualität, die gesellschaftliche Wirklichkeit ignoriert. Die Umfrageergebnisse für eine Regierung, in der die Grünen die Akzente setzen, sind katastrophal. Die Klimaaktivisten und die hundertsten, nein tausenden von Sonntagspredigten in ÖRR-Medien und deren privat finanzier-

ten Kopien (bzw. Vorbildern) verstärken diese Reaktanz in der Bevölkerung. Die Umfragen im Osten sind eindeutiger: Das Auto wird gebraucht, aber der Führerschein wird sogar geliebt – als Zugang zur dynamischen Bewegungsfreiheit.

Das Tempolimit wird irgendwann kommen. Damit würde das letzte Freiheitssymbol, ein herrlich verrücktes und in Teilen unvernünftiges, einkassiert. Und damit auch die Idee der Überholspur als Belohnung für Mut und Zeitdruck und Eigenverantwortung und der Gedanke der Schönheit des Rausches der Geschwindigkeit. Die Debatte darum ist so öde, dass man sie nicht mehr führen mag. Die Drangsalierung des Autos durch jene, die nix, aber auch gar nix kulturell und sozial Gleichwertiges vorzuweisen haben außer vielleicht ihrem intellektuellen und ästhetischen Biedermeier, wird die Woche der IAA prägen. Es ist ein weiterer Sargnagel für den Standort Deutschland. Hier kultivieren die Faulen, Bequemeren, Entschleunigten einen neuen Opportunismus-Sumpf, in dem jeder Versuch, das Land zu redynamisieren, scheitern muss. Der Standort Deutschland ist ein in die Jahre gekommenes, einst schnelles Auto, dem Grüne, Sozis und Linke Handbremsen für jedes Rad eingebaut haben – und den Stillstand als Degrowth erklären.

Die Liebhaber von Autos versammeln sich immer mehr in kleinen Gemeinden, an Orten, wo sie die Intoleranz und die Tumbheit der Klima-Nötiger nicht stören. Die IAA lebt bei Cars & Coffee überall in Deutschland. Und jede Woche kommt eine Veranstaltung dazu. Das ist wunderbar. Und für alle, die Autos hassen: bitte das eigene verkaufen und die Straße räumen. Die Verkehrswende ist dann gelungen, wenn öffentlicher Nah- und Fernverkehr all diejenigen begeistert, die keine Lust haben, Auto zu fahren. Das ist alles machbar. Dann müsste man auch keinen Kulturkampf gegen das Auto führen.

ulf.poschardt@welt.de

Ihre Post an: DIE WELT, Brieffach 2410, 10888 Berlin, E-Mail: forum@welt.de

Leserbriefe geben die Meinung unserer Leser wieder, nicht die der Redaktion. Wir freuen uns über jede  
Zuschrift, müssen uns aber das Recht der Kürzung vorbehalten. Aufgrund der sehr großen Zahl von  
Leserbriefen, die bei uns eingehen, sind wir leider nicht in der Lage, jede einzelne Zuschrift zu beantworten.